Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Zum Tod von Hanna-Renate Laurien ab Seite 04

Prof. Tychs Rede im Deutschen Bundestag ab Seite 08

...was in Erinnerung bleibt ab Seite 12

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

EDITORIAL

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

Mit dieser Ausgabe nehmen wir Abschied von Hanna-Renate Laurien, die am 13. März im Alter von 82 Jahren verstorben ist. Sie ist untrennbar mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbunden. Seit Gründung unserer Vereinigung bis ins Jahr 2007 war sie stellvertretende Vorsitzende. In diesem Amt setzte sie sich intensiv für die Würdigung der Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus ein, stets war sie am Schicksal des einzelnen Menschen interessiert. Ihr besonderes Engagement galt bis zuletzt der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Unser Vorstandsmitglied Wolfgang Lüder, der sie auch schon vor ihrer Zeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gut kannte, wird uns das Leben und Wirken dieser engagierten, lebensfrohen und tief im christlichen Glauben verwurzelten Demokratin noch einmal in Erinnerung rufen.

Abschied nehmen mussten wir auch von unserem Ehrenmitglied Elisabeth Graul, die schon im Dezember letzten Jahres verstarb. Elisabeth Graul hatte sich als junge Frau mutig gegen die DDR-Diktatur gestellt und dafür einen hohen Preis gezahlt –11 Jahre Frauenzuchthaus Hoheneck. Die bitteren Erfahrungen ihrer Haftzeit verarbeitete sie literarisch und legte bis zu ihrem Lebensende Zeugnis ab vom Unrechtsstaat DDR.

Wie wichtig es ist, auf die Stimmen der Zeitzeugen zu hören, solange sie noch das Wort ergreifen können, wurde mir einmal mehr am 27. Januar diesen Jahres während der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestages bewusst, als unser polnischer Freund und Projektpartner Prof. Dr. Feliks Tych sehr persönlich seine Kindheit und Jugend in Polen während der Kriegszeit schilderte. Seine Rede geben wir in dieser Ausgabe im Wortlaut wieder.

Schließlich möchte ich mich noch ganz persönlich für die vielen Glückwünsche zu meinem Geburtstag im Januar bedanken, die mich sehr gefreut und dazu ermutigt haben, auch weiterhin gegen Vergessen und für Demokratie die Stimme zu erheben.

Ihr

Joachim Gauck

Unsere diesjährige Mitgliederversammlung findet am Samstag, dem 6. November 2010 im Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Alle notwendigen Unterlagen erhalten Sie wie gewohnt nach der Sommerpause zusammen mit der Einladung zur Mitgliederversammlung.

Auf der Mitgliederversammlung 2009 entstand die Idee, eine Tagung zum Thema Demokratieförderung und -erziehung speziell für Lehrerinnen und Lehrer zu organisieren. Deshalb bitten wir alle Pädagoginnen und Pädagogen in unserer Vereinigung, die an einem solchen Vorhaben interessiert sind, sich bis zum 30. Juni per E-mail an die Geschäftsstelle (info@gegen-vergessen.de) zu wenden, damit ein E-mail-Verteiler erstellt werden kann, über den Informationen und Einladungen für Lehrerinnen und Lehrer verteilt werden können.

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

Titelbild
Foto: KNA-Bild

Thema

Zum Tod von Hanna-Renate Laurien 04
Prof. Tychs Rede im Deutschen Bundestag 06
...was in Erinnerung bleibt 12
Zeitzeugengespräch: „Delegierter dieser Toten“ 16
Aus Überzeugung den Dienst quittiert 17
Widerstand gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht 20

Aus unserer Arbeit

„Kinder des Holocaust“ in Krakau aufgeführt 22
Wunden, die nie ganz verheilten 23
RAG München – Das Festwochenende „Selig sind die sanft Mutigen“ 24
RAG München – Im Zeichen der Freiheit 25
RAG Baden-Württemberg – 27 Jahre Geschichtsaufarbeitung 26
RAG Baden-Württemberg – Czesław Trzciński 28
RAG Baden-Württemberg – Lesung mit Iris Berben 30
RAG Westfalen – sprechen als Last und Befreiung 32
RAG Sachsen-Anhalt – Geschichtsmesse „20 Jahre deutsche Einheit in Europa“ 33

Namen und Nachrichten

Neues Amt für Ulrike Poppe 33
Was bleibt – Max Mannheimer zum 90. Geburtstag 34
„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“ 35
Ehrenmitglied Elisabeth Graul verstorben 36
Jakob-Steffan-Preis gegen Rechtsextremismus 36
Bundesweites Gedenkstättenseminar 37
Korrektur 37

Rezensionen

Judenmord in Riga 38
Ausgegrenzt – entrechtet – deportiert 41
Erinnerungsort Flossenbürg 42

Kalender

Veranstaltungen 44

Allgemeines

Vorstand & Beirat // Fotonachweise // Impressum 46
RAG Anschriften 47

THEMA

Widerstand gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht

Eine Studie des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik

Andreas Lienkamp

„Widerstand gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht", so lautet der Titel eines Arbeitspapiers, mit dem das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP) Klärungen und Argumente zu diesem brisanten Thema vorlegt. Die Perspektive der knapp 20 Seiten starken Abhandlung ist dabei die der christlich-theologischen Ethik. Geschrieben haben den Text die ICEP-Mitglieder Stefan Kurzke-Maasmeier, Andreas Lienkamp und Andreas Lob-Hüdepohl von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.
Auslöser für die Stellungnahme war ein viel beachtetes Interview. Armin Jäger, bis vor kurzem Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, äußerte im Vorjahr gegenüber ZEIT-online, dass der „Kampf gegen Rechtsextremismus ... eigentlich eine Christenpflicht" sei. Geprägt von Erfahrungen in seinem Bundesland und mit den NPD-Abgeordneten im Landtag unterstrich der aus Niedersachsen stammende Jurist erneut die Bedrohung, die von der NPD ausgehe. Akzeptanz dürfe es gegenüber extremistischen Parteien nicht geben. Aber Jäger konstatierte auch selbstkritisch, dass das Problembewusstsein „in unseren eigenen Reihen noch gefördert werden" müsse.

Die Leiterin des Katholischen Büros Schwerin, Schwester Cornelia Bührle RSCJ, regte daraufhin an, das Thema „Rechtsextremismus" auf die Agenda der Frühjahrstagung der Katholischen Büros (Bundes- und Länderbüros) in Deutschland zu setzen. Grundlage der Beratungen, die vom 23. bis 24. April 2009 in Schwerin stattfanden, war das von Schwester Bührle beim ICEP in Auftrag gegebene Arbeitspapier, das von den Teilnehmenden durchweg positiv aufgenommen wurde. „Rechtsextremismus bestreitet auf vielfältige offene und versteckte Weise die fundamentale Gleichheit aller Menschen. Da dürfen Christen nicht tatenlos bleiben", so das Fazit von Schwester Bührle bei der abschließenden Pressekonferenz im Schweriner Schloss. Im Rahmen der Tagung fand zudem ein thematisch einschlägiger Gesprächsabend mit Landesministern und Staatssekretären sowie ein Empfang bei der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) statt, bei dem ihr das ICEP-Papier überreicht wurde.

Knapp einen Monat nach der Veröffentlichung der Studie war das Thema „Rechtsextremismus" am 18. Mai 2009 auch Gegenstand der turnusgemäßen Gespräche zwischen der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unter Beteiligung von Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) und den Erzbischöfen Dr. Werner Thissen und Georg Kardinal Sterzinsky sowie weiteren kirchlichen Vertretern. An diesem Gespräch nahm auch Schwester Bührle als ständige Beauftragte der Erzbischöfe teil.

Die Autoren der ICEP-Studie hatten von ihr den Auftrag erhalten, die keineswegs bloß akademische, sondern drängende und eminent praxisrelevante Frage zu untersuchen, ob – und wenn ja: warum – Christinnen und Christen im Allgemeinen und christliche Abgeordnete der verschiedenen demokratischen Parteien im Besonderen von den Grundlagen ihres Glaubens her nicht nur zur Distanzierung von jeglicher Form des Rechtsextremismus, sondern auch zum Engagement, ja zum Widerstand gegen ihn verpflichtet seien. Grund für die Anfrage beim ICEP war auch, dass bislang in der katholischen Kirche und der christlichen Sozialethik kaum spezifische Stellungnahmen zum „Rechtsextremismus" vorliegen.

Bevor sie sich in ihrer Studie mit diesem Problem näher auseinandersetzen, klären die Verfasser zunächst das schillernde Phänomen des Rechtsextremismus, der eine ernste Gefahr für das demokratische Gemeinwesen darstelle. Sodann beschreiben sie seine vielfältigen Erscheinungsformen – keineswegs nur, aber vor allem im Osten der Republik – und stellen verschiedene Erklärungsansätze vor. Gefährlich erscheint den Autoren vor allem die schleichende Infiltrierung in den Kommunen, besonders im ländlichen Raum Ostdeutschlands.

Im Zentrum des Textes steht die theologisch-ethische Grundlegung einer Kritik des Rechtsextremismus und eines christlichen Engagements gegen ihn. Ausgehend vom Prinzip der Fundamentalgleichheit aller Menschen lenkt die biblische Option für die Armen und Ausgegrenzten den ersten Blick der Christinnen und Christen auf die Opfer von Missachtung, Hass, Gewalt und Machtmissbrauch. Im Falle des Rechtsextremismus sind dies vor allem fremde, verfolgte, leidende, obdachlose oder beeinträchtigte Menschen. Ihnen gelte die besondere Zuwendung Gottes. Ihnen habe auch die besondere Verantwortung von Christinnen und Christen zu gelten, wie das Papier unter dem Leitwort „Kirche für andere" verdeutlicht.

Die biblische Botschaft sowie das Selbstverständnis der Kirchen, daran gibt es nach Auffassung der Autoren keinen Zweifel, schließen eine Gleichgültigkeit gegenüber oder gar eine – und sei es

noch so schwache – Sympathie mit rechtsextremen Positionen kategorisch aus. Mehr noch: „Der Widerstand gegen Rechtsextremismus ist Christenpflicht! Dies gilt nicht nur, aber in spezifischer Weise für diejenigen, die als christliche Abgeordnete bzw. Mandatsträgerinnen der verschiedenen demokratischen Parteien besondere politische Verantwortung tragen."

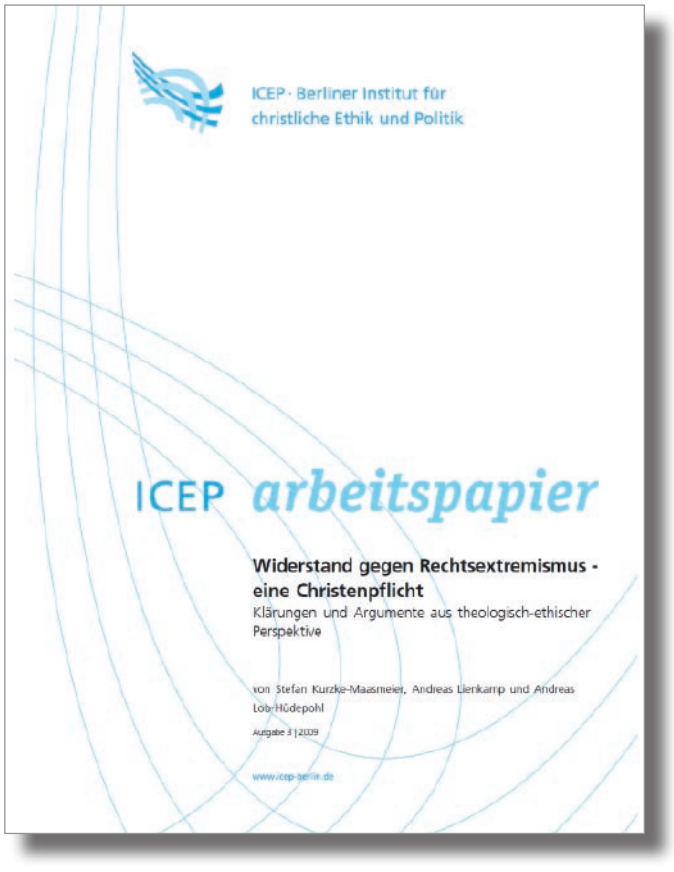
Zwar hat das Zweite Vatikanische Konzil anerkannt, dass es in vielen politischen Fragen legitimerweise unterschiedliche Auffassungen geben kann (vgl. Gaudium et spes 43). Es bejaht damit das demokratische Konzept politischer Pluralität. Solche legitime Vielfalt, so die Verfasser, finde aber dort, und zwar definitiv, ihre Grenze, wo politische Auffassungen oder/und Praktiken die Achtung vor der menschlichen Person bzw. die wesentliche Gleichheit aller Menschen und die soziale Gerechtigkeit verletzen oder sogar ausradieren wollen (vgl. Gaudium et spes 27f).

Alle Menschen, so schließt der ICEP-Text, seien durch einen engen sittlichen Zusammenhang verbunden, wie Leo Baeck schon 1914 pointiert formuliert hatte: „Es gibt jetzt nichts mehr, was nur den einzelnen anginge und träfe: kein Unrecht, das gegen ihn bloß geübt würde und keine Not, die er ganz für sich zu tragen hätte. Jeder Frevel gegen einen ist ein Verbrechen gegen alle Menschen, und jedes Bedürfen des einzelnen an alle eine Forderung."

Das Echo auf das ICEP-Arbeitspapier in den Print- und Onlinemedien war beachtlich. Unter anderen berichteten die Nachrichtenagenturen dpa und KNA, ebenso überregionale Medien wie ORF und das greenpeace magazin bis hin zu regionalen Tageszeitungen wie den Lübecker Nachrichten, der Ostsee-Zeitung und der Schweriner Volkszeitung. Jüngst empfahl die Berliner Senatsverwaltung die Broschüre den Mitgliedern des „Berliner Beratungsnetzwerks für Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus".

Hingewiesen sei noch auf zwei kirchliche Dokumente, die in der ICEP-Studie nicht erwähnt werden: zum einen auf das kurze Gemeinsame Wort zum Rechtsextremismus des Bischofs von Magdeburg, des Bischofs der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Landeskirche Anhalts und des Landesbischofs der Evangelisch-lutherischen Kirche in Braunschweig vom Juni 2007 *(http://www.bistum-magdeburg.de/Detailed/2230.html)*; und zum anderen auf eine Handreichung für Kirchengemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, die die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) unter dem Titel „Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen" Anfang 2008 herausgegeben hat *(http://www.ekbo.de/Dateien/EKBO_GegenRechtsextremismus.pdf)*.

Diese Stellungnahmen zeigen beispielhaft, dass sich in kirchlichen Kreisen durchaus so etwas wie Widerstand regt. Wo immer Menschen mit Hass, Abwehr oder Gleichgültigkeit begegnet wird, ist dem das kreative und prophetisch-kritische Potential des Christentums entgegen zu setzen und damit „Zeugnis zu geben von der Hoffnung, die in uns lebt" (1 Petr 3,15), so eine der Schlussfolgerungen der ICEP-Studie, die „alle Menschen guten Willens" zur weiteren Arbeit an dem Thema einlädt.



Die ICEP-Studie ist im Internet unter:
http://www.icep-berlin.de/index.php?id=215 erhältlich, kann aber auch in gedruckter Form gegen einen Selbstkostenpreis von EUR 2,50 (zzgl. Versandkosten) im ICEP, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, oder per Mail unter info@icep-berlin.de bestellt werden.

Dr. Andreas Lienkamp ist Professor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Gründungsmitglied des zugehörigen Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik.

Vorstand

Vorsitzender
Dr. h.c. Joachim Gauck

Stellv. Vorsitzende
Eberhard Diepgen
Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Cornelia Schmalz-Jacobsen

Schatzmeister
Bernd Goldmann

Schriftführer
Dr. Ulrich Mählert

Dieter Althaus
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach, MdB
Tilo Braune
Dr. Jürgen Burckhardt
Ralf Fücks
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Dr. Alfred Geisel
Dr. Norbert Haase
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Uta Leichsenring
Heiner Lichtenstein
Karl-Heinz Lindner
Wolfgang Lüder
Wolfgang Frhr. von Malsen-Tilborch
Winfried Nachtwei
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Friedbert Pflüger, MdA
Dr. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. Klaus G. Saur
Renate Schmidt
Dieter Schulte
Dr. Max Stadler, MdB
Pastor Lothar Tautz
Prof. Drs. h.c. Josef Thesing
Prof. Dr. Johannes Tuchel
Ernst-Jürgen Walberg

Ehemalige Vorsitzende
1993-2000 Dr. Hans-Jochen Vogel
2000-2003 Dr. h.c. Hans Koschnik

Beirat

Vorsitzende
Prof. Dr. Rita Süssmuth

Stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Richard Schröder

Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel
Prof. Dr. Bertholt Leibinger
Dr. h.c. Max Mannheimer
Dr. Werner Remmers
Pfarrer Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Erwin Teufel
Dr. Monika Wulf-Mathies
Prof. Dr. Ernst Zander

Geschäftsführer

Dr. Michael Parak

Impressum

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Fotonachweis: Conny Baeyer, Gerhard Bäuerle, Boris Buchholz, Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Mende, Udo Grausam, Annette Hempfling, Rolf Hensel, Hessische Staatskanzlei, Stefan Huber, Michael Kuckenburg, KNA-Bild, Landtag Brandenburg/Stefan Gloede, Mario Leiber, Peter Löwenberg, Ulrich Mählert, Charles Milford, PP Mainz, RAG Westfalen, Dennis Riffel, Julia Scheuermann, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden, Theater der Jungen Welt, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Layout: together concept werbeagentur gmbh, Essen
Druck: B+W Media-Service, Bochum

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.